

Neues aus dem Landtag für die Region Landshut

Frohe Weihnachten

Bild: Presse Rolf Poss

Mühlen im Mahlstrom

Energiepreise machen Müllern zu schaffen

Seit Jahrhunderten wird in der Region Landshut Getreide zu Mehl gemahlen. Die Mühlen nutzen dabei noch heute die Kraft des Wassers, um Strom zu produzieren. Ein Aus dieser kleinen Wasserkraftwerke konnte gerade noch abgewendet werden. Doch nun machen die gestiegenen Energiepreise dem Traditionshandwerk zu schaffen. Mit den Müllermeistern Rudolf und Thomas Sagberger sprachen die CSU-Abgeordneten Florian Oßner und Helmut Radlmeier sowie Vertreter der CSU Bruckberg um Ortsvorsitzenden Bernhard Jauck in der Bartmühle über Lösungen.

Die CSU-Delegation wurde auch von Dr. Josef Rampl, dem Geschäftsführer des Bayerischen Müllerbundes e.V., und Fritz Schweiger, dem Vorsitzenden der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V., begrüßt. Seit einigen Monaten stehen die Vertreter des Müllerbundes und der Vereinigung der Wasserkraftwerke in intensivem Kontakt mit den Abgeordneten Radlmeier und Oßner. Der Grund: Im Zuge einer Änderung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) wollte die Bundesregierung kleine Wasserkraftanlagen nicht mehr fördern.

Schlag gegen kleine Wasserkraft abgewendet

Über 7.000 Anlagen in Deutschland wären damit vor dem Aus gestanden. „Anstatt die nachhaltige Wasserkraft zu fördern und sie als Baustein zur Überwindung der Energiekrise zu sehen, wollte man diese aus



Handwerkliche Mühlen müssen für ihren Strom mehr bezahlen als ihre industrielle Konkurrenz. Der Bayerische Müllerbund, vertreten durch den Vorsitzenden Rudolf Sagberger (r.), und Geschäftsführer Dr. Josef Rampl (2.v.l.), fordern deshalb eine Gleichbehandlung. Unterstützung erhalten sie von Helmut Radlmeier und CSU-Bundestagsabgeordnetem Florian Oßner (2.v.r.).

ideologischen Gründen aus dem Markt nehmen“, fasste Bundestagsabgeordneter Florian Oßner zusammen. Doch der breite Protest von Verbänden und der CSU zeigte Wirkung - in letzter Minute: „Durch den Druck ruderte die Ampelregierung zurück. Die Marktfähigkeit konnte erhalten bleiben“, schilderte Oßner. „Ich bin sehr erleichtert, dass uns das gelungen ist. Die kleine Wasserkraft ist damit vorerst gerettet“, bekräftigte Landtagsabgeordneter Radlmeier. „Gott sei Dank“, wie Rudolf Sagberger, Präsident des Bayerischen Müllerbundes, anfügte. Die aktuelle Lage zeige, wie wichtig jedes Kraftwerk sei. Jede Kilowattstunde werde benötigt.

Neue Herausforderung Strompreis

„Mir droht hier in der Bartmühle, für jede

Kilowattstunde, die ich nicht selbst erzeugen kann, ein dreimal so hoher Strompreis. Das sind Kosten, die ich nicht weitergeben kann“. Die beschlossene Strompreibremse helfe nur wenig. Denn sie unterscheidet zwischen Industrie und Handwerk. Erstere müsse weit aus weniger für den Strom zahlen. Das sei eine Wettbewerbsverzerrung, war man sich einig.

Dem traditionsreichen Müllerhandwerk in der Region drohe sonst das Aus - nach vielen Jahrhunderten. Man müsse nun alles daran setzen, dass solche Familienbetriebe eine Zukunft haben, bekräftigten die CSU-Vertreter. Wie schon bei der Wasserkraft wolle man auf allen Ebenen für das heimische Handwerk eintreten.

Fragen, Anregungen oder Anliegen? Einfach melden bei:

Helmut Radlmeier

Freyung 618, 84028 Landshut
Telefon: 0871 96633572, Fax 96633576
✉ buero@helmut-radlmeier.de
🌐 www.helmut-radlmeier.de

Manches lässt sich am besten im vertraulichen, persönlichen Gespräch klären.



Nutzen Sie dazu die nächste Telefonsprechstunde am Montag, 19.12.2022, 10 - 11 Uhr



Folgen Sie mir auf Facebook:
facebook.com/Radlmeier.Helmut

Alle Ausgaben von „Neues aus dem Landtag“ finden Sie auch im Internet unter https://helmut-radlmeier.de/4_26_Newsletter-Archiv.html

„Der Rechtsstaat macht keine Pause“

Helmut Radlmeier bei Amtsgerichts-Direktor Theo Ziegler

Im Volksmund mahlen die Mühlen der Justiz bekanntlich langsam. Eine Pause machen sie aber nicht, wie Helmut Radlmeier und der Direktor des Amtsgerichts Landshut, Theo Ziegler, besprachen. Gleich ob Pandemie, Personalbedarf oder PC-Mangel: Der Betrieb am Landshuter Amtsgericht läuft weiter.

Gerade am Anfang sei es in der Pandemie für das Gericht aber nicht leicht gewesen. „Das war ein Spagat“, fasste Ziegler zusammen. Auf der einen Seite stand der Schutz der Mitarbeiter und Prozessbeteiligten, auf

der anderen Seite mussten die Verfahren trotz aller Umstände weiterlaufen. Denn: „Der Rechtsstaat kann keine Pause machen“, betonte Ziegler. „Alles in allem sind wir gut zurechtgekommen“, so Ziegler.

Dienstleister für Bürger

Der Direktor sieht das Amtsgericht als „Dienstleister für den Bürger“. Man versuche daher, so rasch wie möglich zu arbeiten. Dabei hilft auch die Digitalisierung, wie Radlmeier und Ziegler besprachen: Seit dem 01. Januar 2022 müssen alle Anwälte ihre Unterlagen elektronisch beim Gericht einreichen. „Durch den sogenannten elektronischen Rechtsverkehr wird die Kommunikation im Justizwesen schneller und unkomplizierter“, erläuterte der Abgeordnete Radlmeier die Hintergründe.

Künftig sollen dicke Papierakten, die mühsam von A nach B gebracht werden müssen, ganz der Vergangenheit angehören. Der Freistaat führt daher Schritt für Schritt an seinen Gerichten die elektronische Akte ein. Am Amtsgericht Landshut wird sie voraussichtlich im Frühjahr 2023 starten.

Digitalisierung hilft

„Die E-Akte wurde damals am benachbarten Landgericht Landshut erprobt. Seitdem hält sie Einzug in alle bayerischen Gerichte. Durch die E-Akte werden Verfahren verkürzt und Wartezeiten eingespart“, führte Radlmeier aus.

Den gleichen Zweck hat die Videokonferenz-Anlage des Gerichts. Nach Gesprächen mit der Polizei hatte Radlmeier für die Anschaffung solcher Anlagen geworben. Denn bisher musste beispielsweise ein Insasse von der Polizei aus der JVA abgeholt, zum Gericht gebracht, dort bewacht und anschließend wieder ins Gefängnis gebracht werden. Das bindet viel Personal. Weitaus einfacher ist hier natürlich ein Zuschalten per Video.

Nun ist ein eigener Sitzungssaal mit entsprechender Technik ausgestattet. „Wir sind froh, die Technik zu haben“, bekannte Ziegler. Prozessbeteiligte könne man damit bequem zuschalten, die Anfahrt entfalle. Das sei auch bei Fällen, bei denen Sachverständige und Gutachter aussagen, praktisch. „Man sieht: Die Digitalisierung hilft. Sie wird deshalb in der bayerischen Justiz konsequent vorangetrieben“, hielt Radlmeier fest.



Über den Nutzen der Digitalisierung und deren Voranschreiten am Amtsgericht Landshut sprachen Amtsgerichts-Direktor Theo Ziegler und Helmut Radlmeier.

Globale Krisen, lokale Folgen

Helmut Radlmeier bei Regierungspräsident Rainer Haselbeck

Eine weltweite Krise überlagert die nächste. Das hat auch Auswirkungen auf den Regierungsbezirk Niederbayern. Über diese Folgen sprachen Regierungspräsident Rainer Haselbeck und Helmut Radlmeier bei dessen Informationsbesuch an der Regierung von Niederbayern.

Als Katastrophenschutzbehörde für den Regierungsbezirk trifft die Regierung von Niederbayern derzeit Vorbereitungen für Blackout- oder Energiemangel-Szenarien. Mehrere gemeinsame Sitzungen mit dem Polizeipräsidium Niederbayern und den Kreisverwaltungsbehörden hätten bereits stattgefunden, schilderte Regierungspräsident Haselbeck. Man müsse sich auf den Ernstfall vorbereiten und die Handlungsfähigkeit des Staates in jedem Fall gewährleisten. Nach den Worten Haselbecks gibt es dabei zwar keinen Anlass zum Alarmismus, wohl aber zur Vorsorge.

Neue Herausforderungen

Generell sehen sich der Staat und seine

Verwaltung laut Haselbeck zunehmend mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Allein im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hat die Regierung von Niederbayern mehr als 40 neue Förderprogramme zu vollziehen. Der Regierungspräsident bat den Abgeordneten um Unterstützung in den laufenden Haushaltsverhandlungen, damit auch das notwendige Personal an diesen Aufgaben arbeiten kann. Dies sicherte Radlmeier gerne zu: „Ich bin ohnehin seit längerem der Meinung, dass die Zahl der Förderprogramme überhandnimmt. EU, Bund und Länder starten zu viele Programme. Sie alle binden Personal und bringen neue Bürokratie mit sich. Das muss zurückgefahren werden“, forderte der Abgeordnete.

Robuster Arbeitsmarkt

Zufrieden zeigten sich der Landtagsabgeordnete und der Regierungspräsident über die Robustheit des niederbayerischen Arbeitsmarktes in schwierigen Zeiten. Niederbayern steht aktuell mit einer Arbeitslosenquote von 2,8 Prozent auf dem Spitzenplatz in Bayern.

Radlmeier: „Niederbayern hat einen langen, aber umso erfolgreicheren Weg hinter sich. Es ist erfreulich, dass unser Regierungsbezirk so stark positioniert ist und die Menschen Arbeit haben. Darauf darf man sich aber nicht ausruhen, sondern muss weiter an der Stabilität der Region arbeiten.“



Der Regierungsbezirk Niederbayern trotz den Krisen dieser Welt. Die Herausforderungen werden aber nicht weniger, wie Regierungspräsident Rainer Haselbeck und Helmut Radlmeier besprachen.



Volkstrauertag

Die Ursprünge des Volkstrauertages rief Helmut Radlmeier in seiner Rede am Volkstrauertag in Frauenberg in Erinnerung.



Frühstückswagerl

An der Landshuter Grundschule Peter und Paul stellte der Förderverein der Schule sein Projekt „Frühstückswagerl“ vor. Durch das spendenfinanzierte Frühstückswagerl erhalten die Schülerinnen und Schüler Zugang zu einem gesunden Frühstück.

Foto: GS Peter & Paul



Buchvorstellung

Eine kurzweilige Buchpräsentation fand im Zeughaus statt: Vorge stellt wurde der 2. Band von „Lehmis Abenteuer“, geschrieben von Thomas Ecker und illustriert von Bernhard Kühlewein. Die Erlöse aus dem Buchverkauf kommen der Kastulus-Bader-Stiftung zugute, die ein breites Spektrum (Jugend- & Altenhilfe, Kunst & Kultur, Bildung & Wissenschaft sowie Naturschutz) fördert.



Vernissage

Eine rundum gelungene Vernissage der Ausstellung „Landshut ist Koenig, ist Herzog-Stadt“ konnte man in der Zisterzienserinnen-Abtei Seligenthal besuchen. Kurator Richard Hillinger bringt mit der Ausstellung zwei bekannte Söhne der Stadt, Roman Herzog und Fritz Koenig, zusammen. Schirmherr ist unter Vermittlung von Helmut Radlmeier Bayerns Innenminister Joachim Herrmann.



Hubertusfeier

Die Jagd und seine Bedeutung betonte Helmut Radlmeier in seinem Grußwort bei der Hubertus-Feier der Kreisgruppe Landshut im Landesjagdverband in Mirskofen. Der Verband nutzte die Feier auch zur Ehrung langjähriger Mitglieder.



Förderer

Ganz im Zeichen der Landshuter Hochzeit 2023 stand die 102. Mitgliederversammlung der Förderer. Gruppenführer wurden verabschiedet und langjährige Mitglieder geehrt. So ist der Sängerverein Landshut 1848 e.V. schon seit einem Jahrhundert Mitglied bei den Förderern.

Übergabe in Unternehmen

Freistaat bietet Unterstützung

Künstliche Intelligenz, Robotics oder 3D-Druck: Die Digitalisierung bietet dem heimischen Mittelstand große Chancen. Damit sowohl die Transformation als auch die Übergabe des Unternehmens funktionieren, bietet der Freistaat nun wieder Hilfestellung.

Die digitale Transformation muss häufig langfristig und strategisch vorbereitet werden. Häufig damit befasst sind Unternehmensnachfolger, die deshalb die Zielgruppe des Programms NextGen4Bavaria sind. Ab jetzt kann man sich online für die zweite Runde von NextGen4Bavaria bewerben.

Derzeit läuft der erste Jahrgang mit rund 50 Unternehmensnachfolgerinnen und -nachfolgern aus ganz Bayern. Koordiniert vom Innovations- und Gründungsnetzwerk UnternehmerTUM begleiten Experten über einen Zeitraum von zwölf Monaten die Teilnehmer. Auf dem Programm stehen u.a. die Weiterentwicklung traditioneller Geschäftsmodelle durch neue Technologien und Trends. Außerdem geht es um die Chancen einer modernen und agilen Geschäftsorganisation sowie die Umsetzung von Digitalisierungsstrategien. Zudem wird man Teil eines jahrgangsübergreifenden Netzwerks.

Weitere Informationen zum Programm, zur kostenlosen Teilnahme und zur Bewerbung sind verfügbar unter <https://nextgen4bavaria.de>.

Erhöhung der Erbschaftssteuer

CSU-Fraktion für höhere Freibeträge

Keine höhere Erbschaftsteuer: das fordert die CSU-Fraktion im Landtag. Mit dem aktuellen Jahressteuergesetz des Bundes müssen ab 2023 Immobilienwerte neu festgesetzt und künftig für steuerliche Zwecke möglichst nahe am Verkaufswert veranschlagt werden.

Dies führt zu höheren Immobilienwerten und somit auch höheren Erbschaftssteuerzahlungen. Nach Meinung der CSU-Landtagsfraktion müssen deswegen die Freibeträge spürbar erhöht werden, um eine versteckte Steuererhöhung zu vermeiden. Zudem sollen die Länder selbst über die Höhe der Freibeträge entscheiden können, weil die Steuereinnahmen ausschließlich den Ländern zustehen.

Eine Steuererhöhung durch die Hintertür lehnt die Fraktion ab. Die geplanten

Änderungen des Bundes führen in vielen Regionen zu höheren Immobilienwerten. Damit besteht die akute Gefahr, dass Erben allein deshalb zum Verkauf gezwungen sind, um die Steuer zu bezahlen. Dieser zunehmende Verkaufsdruck muss nach Ansicht der CSU-Fraktion verhindert werden. Denn die Konsequenz werden auch höhere Mieten in den Ballungsräumen sein.

Die Erbschaftssteuer steht allein den Ländern zu und die Immobilienpreise sind bundesweit völlig unterschiedlich. Deswegen muss den Ländern auch das Recht eingeräumt werden, über die Höhe der Freibeträge eigenständig zu entscheiden, fordern die Parlamentarier. Dann könnte man in Bayern höhere Freibeträge festsetzen als in anderen Ländern.

In einem Gastartikel schreibt Alexander Blei, Pfarrer und Dekan des Erzbischöflichen Dekanats Landshut, an dieser Stelle über das bevorstehende Weihnachtsfest.

Liebe/r Leser/in,

jedes Jahr feiern viele Mitbürger/innen in unserem Freistaat das „Weihnachtsfest“. Was steckt dahinter?

Die „geweihte Nacht“ verweist uns auf die „Menschwerdung“ Gottes. Gott wird in Gestalt des Kindes von Bethlehem „Einer von uns“; in ihm berühren sich gleichsam Himmel und Erde. Traditionsreiches Liedgut – „Stille

Nacht, Heilige Nacht ...“ – oder vertraute Bilder – wie das von der Krippe – kommen uns da schnell in den Sinn.

Heute darf ich sie einladen, Ihren Blick auf Michelangelos Deckenfresko von der Erschaffung des Adam, des Menschen zu richten.

Dieses Zentralmotiv der Sixtinischen Kapelle verweist uns auf die Genesis (vgl. Gen 1,26 ff.), die biblische Schöpfungsgeschichte. Der Begriff „Menschwerdung“ bringt für mich diesen „Schöpfungsakt“ auf den Punkt: Gott „berührt uns“, haucht uns Leben ein, er erschafft den Menschen als Frau und Mann; er verleiht jedem Menschen seine unveräußerliche Würde als Person.

Dieses jüdisch-christliche Menschenbild findet dann später auch Einzug in Art. 100 unserer Bayerischen Verfassung und in Art. 1 des Grundgesetzes.

Liebe/r Mitbürger/in,



Weihnachten ist weit mehr als das Abspulen liebgewonnener, sicherlich auch wertvoller kirchlicher Rituale oder das Genießen einer guten „Weihnachtsgans“. Dieses Fest lichtet

den „Ernstfall“ unseres gesellschaftlichen Miteinanders ab: Jeder Mensch ist kostbar und seine Würde unantastbar... – und jede/n von uns ereilt der weihnachtliche Impuls: „Machs wie Gott, „und werde Mensch(lich)“...

Uns allen ein frohes Weihnachtsfest!

Ihr Alexander Blei, Pfr. u. Dekan



Fotos: privat.